

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 147. Ratssitzung vom 21. November 2012

3317. 2010/315

Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 14.07.2010: Beseitigung der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung von Personen, die der Quellenbesteuerung unterliegen, gegenüber dem Rest der steuerpflichtigen Bevölkerung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Liebi (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 344/2010): *Wer zuwandert, zahlt meist tiefere Steuern als Schweizerinnen und Schweizer, belastet die Infrastruktur aber gleichwohl. Dies ist vor allem in der Stadt Zürich der Fall, denn für die Bemessung der Quellensteuer ist der Durchschnitt der Gemeindesteuern im Kanton massgebend. Dies hat zur Folge, dass die ausländischen Personen in der Stadt Zürich unterhalb des Gemeindesteuersatzes der normal Besteuerten liegen. Die meisten quellensteuerberechtigten Personen wohnen ausgerechnet in der Stadt Zürich. Für die SVP ist nicht einsichtig, warum Zuzügerinnen und Zuzüger aus dem Ausland unsere Infrastruktur zu günstigeren Tarifen nutzen können sollen als Schweizerinnen und Schweizer. Unser Postulat zielt auf eine Gleichbehandlung ab; in Zürich wohnhafte Schweizerinnen und Schweizer sollen auf das gleiche Niveau herabgesetzt werden wie quellenbesteuerte Personen. Dies rechtfertigt sich allein schon deshalb, weil die alteingesessene Zürcher Bevölkerung den Grundstein für die Zuwanderung überhaupt gelegt hat.*

Markus Knauss (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 1. September 2010 gestellten Ablehnungsantrag: *Das Anliegen einer gerechten Besteuerung unterstützen wir grundsätzlich. Es fragt sich aber, wie das Ziel erreicht werden kann. Aus unserer Sicht gibt das Postulat zu wenig Antworten. Ausserdem hat die SVP im Kantonsrat bereits einen gleichlautenden Vorstoss eingereicht. Es ist weiter fragwürdig, ob der Regierungsrat sich bei der Umsetzung tatsächlich an die Vorgaben des Anliegens halten würde. Das eigentliche Ziel des Postulats ist eine Steuersenkung, die wir Grünen nicht unterstützen wollen.*

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Der zweite Satz soll gestrichen werden. Die Forderung nach einer Steuersenkung ist in der heutigen Zeit finanzpolitisch verantwortungslos. Die erste Forderung des Postulats erscheint uns hingegen sinnvoll. Eine unterschiedliche Besteuerung aufgrund der Nationalität oder des ausländerrechtlichen Status ist tatsächlich ungerecht. Der Vorstoss ist offen formuliert und lässt somit offen, ob eine Angleichung nach unten oder nach oben stattfinden soll, oder ob man sich in der Mitte trifft. Ebenfalls offen gelassen wird die Frage, ob das System der unter-*

schiedlichen Steuersätze im Kanton Zürich auch auf die Quellensteuer angewendet werden soll, oder ob ein umgekehrtes Vorgehen angezeigt ist. Dank dem geänderten Text kommt dem Postulat neben einer Signalwirkung auch eine breite politische Unterstützung zu.

Dr. Martin Mächler (EVP): *Die EVP schlägt die gleiche Textänderung vor. Ein Postulat ist der falsche Rahmen, um über den Steuerfuss zu diskutieren. Durch eine solche Gerechtigkeitsmassnahme bleibt die Gesamtsteuersumme eines Kantons sinnvollerweise gleich. Auch wir sind für Gerechtigkeit im Steuerbereich. Florian Utz (SP) hat alle einschlägigen Argumente vorgebracht.*

Mauro Tuena (SVP): *Mit dem Ablehnungsantrag bringt die Grüne-Fraktion zum Ausdruck, dass sie eine steuerliche Besserstellung von Ausländerinnen und Ausländern ohne Aufenthaltsbewilligung befürwortet. Für diese Haltung habe ich kein Verständnis. Im Kantonsrat wird in Kürze eine parlamentarische Initiative von Claudio Schmid (SVP) zu diesem Thema behandelt. Der wesentliche Quellensteueranteil im Kanton stammt aber aus der Stadt Zürich, deshalb haben wir unseren Vorstoss als Postulat in diesem Parlament hier eingereicht. Die Antwort auf die Frage, warum wir auf den tieferen Steuersatz abstellen wollen, ergibt sich aus unserem Parteiprogramm. Von Seiten der SP wurden wir aufgefordert, die Diskussion über eine Steuersenkung im Rahmen der Budgetdebatte zu führen. Diesen Ball nehmen wir auf. Wir können uns durchaus vorstellen, die Textänderung anzunehmen.*

Daniel Meier (CVP): *Auch die CVP möchte den letzten Satz gestrichen haben. In einem Postulat sollte nicht nebenbei noch eine Steuersenkung gefordert werden. Mit der Textänderung fällt das Argument von Markus Knauss (Grüne) weg, sodass er dem Postulat eigentlich auch zustimmen kann.*

Severin Pflüger (FDP): *Wir unterstützen das Postulat nur, wenn der letzte Satz gestrichen wird. Das richtige Instrument für das Anliegen einer Steuersenkung wäre die Behördeninitiative an den Kantonsrat gewesen. Ich bin mir nicht sicher, ob die Quellensteuer tatsächlich vorteilhafter ist als die normale Steuer. Der Tarif ergibt sich aus dem Einkommen und der normalen Steuer sowie aus pauschalisierten Abzügen. Problematisch ist, dass beim Wechsel von der Quellensteuer in die ordentliche Besteuerung vielleicht nicht alle Abzüge gemacht werden oder ganz vergessen gehen. Obwohl ich den Quellensteuertarif nicht als ungerecht einstufe, bin ich dafür, ihn zu überprüfen.*

Matthias Wiesmann (GLP): *Auch die GLP unterstützt den Vorstoss nur mit der Textänderung. Es ist wichtig, den Vorstoss im Gemeinderat zu behandeln, schliesslich ist die Stadt Zürich am stärksten betroffen. Einen satten Mehrheitsentscheid wird der Kantonsrat sicher zur Kenntnis nehmen. Trotzdem bitte ich die Parteien, ihre Kolleginnen und Kollegen im Kantonsrat auf die parlamentarische Initiative aufmerksam zu machen.*

Alecs Recher (AL): *Auch die AL will, dass die Ungleichheit ausgemerzt wird. Den letzten Satz wollen wir klar gestrichen haben, denn eine Steuersenkung befürworten wir keinesfalls. Vielmehr soll man sich am höheren Wert orientieren.*

3 / 3

Roger Liebi (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden: Wir nehmen die Textänderung nicht zuletzt aus ausländerpolitischen Gründen an. Da wir im kommunalen Parlament diesbezüglich aber nichts verändern können, möchte ich ebenfalls zu einer Verständigung mit den Kantonsrätinnen und Kantonsräten auffordern. Gemäss der parlamentarischen Initiative soll sich der Steuersatz nach der Gemeinde mit der grössten Anzahl an Quellensteuerberechtigten richten. Ich finde es richtig, dass die Stadt Zürich in diesem Zusammenhang nicht benachteiligt wird.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Ich werde mich selbstverständlich mit der Vorsteherin der kantonalen Finanzdirektion in Verbindung setzen und hoffe, dass auch die Mitglieder des Gemeinderats mit ihren Kolleginnen und Kollegen im Kantonsrat das Gespräch suchen. Tatsächlich fallen knapp zwei Drittel aller Quellensteuern in der Stadt Zürich an.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt, beim Regierungsrat dahingehend zu intervenieren, dass bestehende Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung von Personen, die der Quellbesteuerung unterliegen, und dem Rest der steuerpflichtigen Bevölkerung beseitigt werden. ~~Diese Massnahmen sind so auszugestalten, dass im Ergebnis die Besteuerung auf dem jeweils tieferen Niveau stattfindet.~~

Das geänderte Postulat wird mit 118 gegen 2 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat